

# Das „krisengeprüfte Europa“ wird zusammenwachsen

**Gastbeitrag.** So wie die südeuropäischen Länder von der Eurokrise gelernt haben, wird Europa nun auch aus den Krisen lernen und gestärkt aus dem Ukraine-Krieg und dem Konflikt mit der Trump-Administration hervorgehen. Ein Gastkommentar.

VON KARL AIGINGER

Europa wird wieder von neuen Problemen „geprüft“. Der Vizepräsident der USA, J. D. Vance, kündigt an, dass Europa sich den USA unterwerfen soll, und lobt die rechtsradikalen Parteien als Verbündete. Die USA wollen mehr Geld von Europa zur Verteidigung, dieses soll nach den Regeln der USA verwendet werden, primär also für Kauf von Waffen, von den Waffen in den USA, die dann nach deren Regeln ausgegeben werden.

Amerika verlässt multinationale Organisationen und droht mit Importsteuern für alle, die sich nicht unterwerfen. Die Ukraine soll zu einem Frieden gezwungen werden, Trump nennt ihren Staatschef Wolodymyr Selenskij einen Diktator. Im Nahen Osten solle eine Riviera unter amerikanischer Führung geschaffen

werden, die Palästinenser sollen von Nachbarländern übernommen werden. Frieden wird das keinen schaffen, Russland wird sich neue Gebiete einverleiben und Terrororganisationen im Nahen Osten werden stärker und vielfältiger werden.

## Wie reagiert Europa?

Es ist gespalten. Die rechts und linksradikalen Parteien hoffen zu gewinnen. Und sie haben auch Erfolge oder zumindest Teilerfolge in Ungarn, Slowakei, Frankreich und Deutschland. Die Parteien der Mitte zögern wie immer, sind oft vernünftig, aber nicht attraktiv. In Frankreich schwankt eine Regierung nach der anderen und der Präsident mit ihnen. In Deutschland gewinnt die rechte Mitte, zu einem hohen Preis mit einer AfD an zweiter Stelle und alten Wunden der Wiederverei-

nigung. Migration ist ein entscheidendes Thema für Wahlen; die Mehrheit ist dagegen, obwohl Europa ohne Migration so wie Japan seit zwanzig Jahren nicht nur Pflege nicht schafft, sondern auch bei Innovationen laufend verliert, von Start-ups ganz zu schweigen. Wir verlieren Wettbewerbsfähigkeit, unsere Industrie schrumpft, in Deutschland und Österreich besonders stark.

Die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen sieht die Probleme, ist aber auch von Mehrheiten in den Ländern abhängig. Regeln gelten vor allem für Schulden, wenn sie zu hoch sind, gibt es Defizitverfahren. Dabei sind die Staatsschulden (und die Budgetdefizite) in Europa viel niedriger als jene von den USA; aber sie werden nicht gemeinsam aufgenommen, sondern einzeln, kosten daher mehr Geld als im höher verschuldeten Amerika.

Radikale Regierungen stolpern immer wieder über sich selbst, Polen hat eine stabile Regierung der Mitte, in Italien versucht Georgia Meloni einen kompromissbereiteren Ansatz als Matteo Salvini. Die ehemaligen „Schuldenstaaten“ des EU-Südens wagen vorsichtige Reformen, in Österreich ist ein radikaler Rechter an sich selbst gescheitert. Der European Green Deal wird immer wieder verwässert, aber Europa übernimmt in Klimapolitik langsam die Führung, während die USA „Meister der fossilen Energie“ werden. Und Europa erkennt, dass Frieden nur mit Selbstverteidigung und gemeinsamen Waffenkäufen zu erzielen ist.

Vielleicht erkennen wir auch, dass es Obergrenzen für falsche Subventionen geben soll (Dienstwägen, Dieselprivileg, Flächenverbrauch). Und dass Europa Frieden schaffen kann, mit Einbezug der betroffenen

Länder. Und dass wir von Afrika lernen können, wie man Naturgewalten besser beherrscht, aber ebenso wie wir unsere Erfahrungen bei Erziehung, Fachausbildung und Schulung anbieten können.

Die Chance ist, dass das „krisengeprüfte Europa“ (vgl. Heinz Handler Springer Gabler) aus den Krisen lernt und stärker wird, mehr zum Frieden in der Ukraine und im Nahen Osten beizutragen versucht. Europa wird mehr zusammenwachsen, weniger nationalistisch werden. So wie die südlichen Mitgliedstaaten aus der Eurokrise gelernt haben und die Welt aus Friedens- und Klimaabkommen.

Danke für die Krisen, Europa lernt daraus.

*Karl Aiginger ist Professor an der WU Wien und Leiter des Thinktanks: Policy Crossover Center Vienna - Brussels. Er war früher Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo.*